

Haushaltssatzung der Stadt Ebermannstadt 2026 **Rede der 1. Bürgermeisterin Christiane Meyer am 29.04.2026**

Sehr geehrte Mitglieder des Stadtrates und Vertreter der Ortsteile,
sehr geehrte Pressevertreter, verehrte Bürgerinnen und Bürger!

Wir legen heute den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2026 vor. Er wurde vom Kämmerer in Abstimmung mit den Fachabteilungen und dem Geschäftsstellenleiter erstellt und im Haupt- und Finanzausschuss vorberaten. Dieser hat ihn einstimmig zur Beschlussfassung vorgeschlagen. Er bildet den finanziellen Rahmen, in dem wir in den kommenden Jahren Verantwortung für unsere Stadt übernehmen – für die Menschen, für unsere Infrastruktur und für das, was Ebermannstadt lebenswert macht.

Ich sage es gleich zu Beginn – offen und ohne Umschweife: Dieser Haushalt ist kein leichter. Er zwingt uns hinzuschauen und unbequeme Wahrheiten auszusprechen.

Wir reden hier nicht über Misswirtschaft oder falsche Prioritäten. Wir reden über eine veränderte weltpolitische Lage, über stark steigende Ausgaben und über eine strukturelle Schiefelage, die sich über viele Jahre aufgebaut hat und viele Kommunen betrifft – auch uns hier in Ebermannstadt.

Ich möchte deshalb zunächst eine Einordnung der kommunalen Lage vornehmen.

Äußere Einflussfaktoren und gesamtgesellschaftliche Lage

Die weltpolitische Lage hat sich in den letzten Jahren spürbar verändert und bleibt von hoher Dynamik geprägt. Aktuelle Entwicklungen – insbesondere die jüngsten Konflikte im Nahen Osten – zeigen erneut, wie abhängig wir von globalen Entwicklungen sind. Steigende Energiepreise, anhaltende Unsicherheiten sowie Auswirkungen auf Inflation und Wachstum bleiben nicht ohne Konsequenzen für die öffentlichen Haushalte – auch auf kommunaler Ebene.

Finanzlage der Kommunen

Gleichzeitig treffen diese Entwicklungen auf eine bereits angespannte finanzielle Ausgangslage der öffentlichen Haushalte – bei Bund, Ländern und Kommunen. Gerade auf kommunaler Ebene zeigt sich diese Entwicklung besonders deutlich: **Die Finanzlage hat sich in kürzester Zeit erheblich verschlechtert.**

2024 verzeichneten die kommunalen Haushalte ein Rekorddefizit von rund 25 Milliarden Euro, im Jahr 2025 lag es bereits bei rund 31,9 Milliarden Euro. Auch in Bayern bewegen sich die Defizite mit rund 5,35 Milliarden Euro im Jahr 2024 und 4,68 Milliarden Euro im Jahr 2025 weiterhin auf einem historisch hohen Niveau.

Ursachen der Entwicklung

Die Ursachen sind vielfältig: Neben steigenden Sozial- und Personalkosten fallen insbesondere die deutlich höheren Aufwendungen im Bau- und Infrastrukturbereich ins Gewicht. Steigende Baupreise, höhere Anforderungen und langwierige Verfahren verteuern Investitionen oder verzögern ihre Umsetzung. Die Sozialausgaben sind zuletzt um rund 11 bis 12 Prozent gestiegen, die Personalausgaben um knapp 9 Prozent – insbesondere in der Kinder- und Jugendhilfe sowie in der Eingliederungshilfe. Die Folge ist klar: Die kommunalen Haushalte geraten zunehmend unter Druck – laufende Ausgaben steigen, während notwendige Investitionen immer schwerer zu finanzieren sind.

Strukturelle Schieflage

Hinzu kommt eine strukturelle Schieflage: Die Kommunen tragen rund ein Viertel der staatlichen Ausgaben, erhalten aber nur etwa ein Siebtel der Steuereinnahmen. Diese Diskrepanz begrenzt die Handlungsmöglichkeiten vor Ort erheblich.

Reaktionen von Bund und Ländern

Zwar hat der Bund auf diese Entwicklung reagiert: Erst am 14. April wurde das **Länder- und Kommunalentlastungsgesetz** beschlossen. Es sieht Entlastungen von rund einer Milliarde Euro pro Jahr für die Jahre 2026 bis 2029 vor. Für Bayern bedeutet das voraussichtlich rund 200 Millionen Euro

jährlich. Gemeinsam mit weiteren Maßnahmen – insbesondere dem **Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität** in Höhe von 100 Milliarden Euro – sollen Investitionen gestärkt und die Kommunen unterstützt werden. Für Bayern entfallen daraus rund 15,7 Milliarden Euro über einen Zeitraum von zwölf Jahren.

Diese Maßnahmen gehen in die richtige Richtung, können aber nur kurzfristig entlasten. **Das grundlegende Problem bleibt bestehen: Die Ausgaben wachsen dauerhaft schneller als die Einnahmen. Eine nachhaltige Entlastung der kommunalen Haushalte ist bislang nicht erreicht.**

Konkrete Auswirkungen vor Ort

Die Folgen sind bereits spürbar: Investitionen in Schulen, Straßen, Verwaltungsgebäude oder den Bevölkerungsschutz geraten zunehmend ins Hintertreffen, während der Investitionsbedarf weiter wächst. Bundesweit wird der Investitionsrückstand inzwischen auf rund 186 Milliarden Euro geschätzt. In vielen Städten werden bereits Haushaltssperren verhängt – häufig zulasten freiwilliger Leistungen wie Kultur, Sport oder sozialer Angebote. **Wenn Infrastruktur verfällt und Angebote zurückgehen, leidet auch das Vertrauen in staatliche Institutionen – mit spürbaren Folgen für Zusammenhalt und lokale Demokratie.**

Was jetzt notwendig ist

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, was jetzt notwendig ist: Um die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu sichern, braucht es klare Weichenstellungen – eine stärkere Beteiligung an den Gemeinschaftssteuern, eine faire Verteilung der Soziallasten sowie spürbare Entlastungen bei Bürokratie und Verfahren. Denn eines ist klar: **Wir müssen kurzfristig die kommunale Handlungsfähigkeit sichern und zugleich eine langfristig tragfähige Finanzarchitektur einfordern. Die Zeit unverbindlicher Lippenbekenntnisse ist vorbei.**

Blicken wir nun konkret auf Ebermannstadt, dann müssen wir feststellen: Auch unsere Haushaltslage hat sich im Vergleich zum vergangenen Jahr deutlich verändert.

Rückblick auf Haushaltsberatungen 2025

Bereits die Haushaltsberatungen für 2025 waren anspruchsvoll. Für Investitionen in Höhe von rund 33 Millionen Euro mussten wir eine stabile Finanzierung sicherstellen.

Dies ist uns gelungen – durch unseren Anteil an der Einkommensteuer, durch staatliche Zuwendungen in Höhe von rund 18,7 Millionen Euro, durch Gebühren und Beiträge sowie durch den gezielten Einsatz unserer Rücklagen. Dabei haben wir die allgemeine Rücklage bis auf die gesetzliche Mindesthöhe reduziert und Sonderrücklagen abgeschmolzen. Auch zusätzliche Einnahmen – etwa durch Anpassungen der Abwassergebühr zum 01.01.2026 – waren Teil dieses Konsolidierungskurses.

Wir haben alles getan, um einen stabilen Haushalt aufzustellen. Dabei war uns bewusst, dass eine Neuverschuldung perspektivisch notwendig werden kann. Deshalb war es unser Ziel, notwendige Zwischenfinanzierungen in Höhe von 900.000 Euro bis spätestens 2028 wieder abzubauen. Um dies zu ermöglichen, war die Erhöhung der Grundsteuern ab 2026 unumgänglich – die erste seit 2012. **Und dennoch müssen wir heute feststellen: Die Realität hat uns schneller eingeholt, als wir es erwartet haben.**

Worin lag die Herausforderung für die Haushaltsplanung 2026-2029?

Kurz erklärt: Im Vergleich zur Haushaltsplanung 2025 sind die Kosten für investive Maßnahmen gestiegen. Gleichzeitig sinkt der Zuführungsbetrag vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt.

Investive Maßnahmen – Kostensteigerung

Viele Maßnahmen aus dem Investitionsprogramm 2026 waren bereits im Vorjahr enthalten. Allerdings haben sich die Kosten deutlich erhöht:

- **Dorferneuerung Rüssenbach:** zeitliche Anpassung an die aktuelle Planung des Amts für Ländliche Entwicklung – Mehrkosten für die Stadt von rund 650.000 Euro.
- **Sanierung Durchgangsstraße Wohlmuthshüll:** Im Zusammenhang mit der Kanalbausanierung – Ansatz von rund 460.000 Euro.
- **Ersatzneubau Sägmühlsteg:** Der Bauumfang hat sich erweitert. Die notwendige Erneuerung des Mittelpfeilers bedeutet Mehrkosten für die Stadt von rund 480.000 Euro.

Insgesamt ergeben sich im Vergleich zur Planung 2025 Mehrkosten von rund **1,6 Millionen Euro** für die Jahre 2026 bis 2028.

Rückgang der Zuführung

Gleichzeitig sinkt die Zuführung vom Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt für die Jahre 2026 bis 2028 um insgesamt rund **3,43 Millionen Euro**.

Die Gründe dafür sind vielfältig:

1. Kreisumlage

Ein Faktor sticht besonders heraus: die Entwicklung der Kreisumlage. Allein im Jahr 2026 steigt unsere Belastung um rund **1,46 Millionen Euro** auf insgesamt **5,71 Millionen Euro**. Ursache ist die Erhöhung des Hebesatzes von 48 % auf 57,8 %. Damit ist die Kreisumlage unser größter Einzelposten – rund ein Viertel unserer laufenden Ausgaben. Die Gründe liegen nicht bei uns, sondern auf Landkreisebene:

- Einbruch der Umlagekraft um rund 40 Millionen Euro, vor allem durch Gewerbesteuerausfälle in Forchheim. Im landesweiten Vergleich rutscht der Landkreis auf den letzten Platz.
- steigende Ausgaben im Sozialbereich, ÖPNV und bei der Schülerbeförderung
- Hinzu kommt: die Verluste des Klinikums Fränkische Schweiz sind stark gestiegen, die Rücklagen aus dem Konsortialvertrag sind aufgebraucht

Das strukturelle Problem ist klar: Die finanzielle Belastung wird über die Kreisumlage an die Gemeinden weitergegeben.

Für die kommenden Jahre bestehen erhebliche Unsicherheiten – insbesondere durch: die Entwicklung der Bezirksumlage, Entscheidungen in Forchheim, insbesondere im Zusammenhang mit dem Klinikum, weiter steigende Sozialausgaben und Kosten im ÖPNV. **Für uns bedeutet das: Wir planen mit Risiken, die wir selbst nicht steuern können – die aber direkte Auswirkungen auf unseren Haushalt haben.**

2. Einkommensteueranteil

Beim Einkommensteueranteil zeigt sich ein gemischtes Bild: Für 2026 erwarten wir rund **5,59 Millionen Euro** – das ist mehr als im Vorjahr. Gleichzeitig müssen wir im Vergleich zur bisherigen Planung für die Jahre 2026 bis 2028 mit **Mindereinnahmen von rund 470.000 Euro** rechnen. **Das heißt: Die Einnahmen steigen – aber deutlich weniger als erwartet.**

3. Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand

Die laufenden Kosten steigen im Vergleich zum Vorjahr um rund **460.000 Euro**. Dabei handelt es sich nicht um einen einzelnen Ausreißer, sondern um einen Mix aus verschiedenen Bereichen: Straßenunterhalt – insbesondere in den Ortsteilen –, steigende Energiekosten sowie höhere Aufwendungen für Gebäude und Liegenschaften. **Das zeigt deutlich: Unsere Infrastruktur kommt in die Jahre – und der Unterhalt wird zunehmend teurer.**

4. Schlüsselzuweisung

Auch bei der Schlüsselzuweisung ergibt sich kein Entlastungseffekt: Trotz einer Erhöhung der Gesamtsumme durch den Freistaat sinkt unsere Zuweisung für 2026 um rund **212.000 Euro** auf etwa **1,39 Millionen Euro**. Auch für 2027 wird ein weiterer Rückgang erwartet. **Das zeigt: Höhere eigene Einnahmen führen nicht automatisch zu mehr finanziellen Spielräumen.**

Fazit zur Haushaltslage: Im Vergleich zur Haushaltsplanung 2025 ergibt sich eine Unterdeckung von rund 5,02 Millionen Euro.

Schauen wir uns die Ausgangslage zur Haushaltsberatung 2026 an.

Um diese Unterdeckung auszugleichen, mussten wir in den Haushaltsberatungen Maßnahmen ergreifen – als Voraussetzung für einen ausgeglichenen und genehmigungsfähigen Haushalt

Reduzierung der Ausgaben

Das bedeutet konkret: Reduzierungen, Verschiebungen und auch Streichungen von Ausgaben.

Besonders betroffen waren größere Maßnahmen:

- die **Verschiebung** der Anschaffung eines Feuerwehrfahrzeugs für die Feuerwehr Wohlmuthshüll (182.500 Euro, Eigenanteil: 145.000 Euro) auf das Jahr 2030
- sowie die **Streichung bedeutender Projekte**, wie zum Beispiel:
 - Naherholungsraum Kohlfurtweg (320.000 Euro, Eigenanteil: 128.000 Euro)
 - Parkplatz Kohlfurt (300.000 Euro, Eigenanteil: 120.000 Euro)
 - Neugestaltung Schulstraße/Leinengraben (2.000.000 Euro, Eigenanteil: 870.000 Euro)
 - Sanierung der Gemeindeverbindungsstraße Neuses–Poxstall (1.700.000 Euro, Eigenanteil: 612.000 Euro)

Die Entscheidungen waren im Ergebnis klar – auch wenn sie uns nicht leichtfallen. Die Rahmenbedingungen lassen uns derzeit nur begrenzte Spielräume, und die Vielzahl an Projekten zwingt uns, Prioritäten zu setzen.

Gleichzeitig ist mir wichtig zu betonen: Trotz aller Einschnitte investieren wir weiterhin gezielt in wichtige Projekte für Ebermannstadt. Es handelt sich dabei um Maßnahmen, die über Jahre vorbereitet wurden, für die Förderbescheide vorliegen oder die sich bereits in der Umsetzung befinden.

Das bedeutet: Auch in den kommenden Jahren wird in Ebermannstadt mit Nachdruck gebaut und investiert. Wir müssen uns aber auf die unabweisbaren Ausgaben beschränken, daran hält sich der Haushaltsentwurf.

Kommen wir nun zur zweiten Seite des Haushalts – den Einnahmen.

Zuwendungen

Die **Investitionen**, die wir in den nächsten Jahren tätigen wollen, belaufen sich auf rd. 27,32 Mio. Euro. Sie werden neben Gebühren, Beiträge, Steuern, Zuweisungen maßgeblich durch **Fördermittel** in Höhe von 15,14 Millionen Euro finanziert. Unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich unermüdlich durch den „Förderdschungel“ kämpfen, gilt ein ausdrückliches Dankeschön.

Rücklagenentnahme

Der Stand der **Allgemeinen Rücklage** beträgt nach dem vorläufigen Abschluss der Jahresrechnung 2025 rund 1,2 Millionen Euro. Für das Haushaltsjahr 2026 ist eine Entnahme von rund 992.000 Euro, für 2027 von rund 24.000 Euro vorgesehen. Damit führen wir die Allgemeine Rücklage bereits in diesem Jahr nahezu bis auf die gesetzliche Mindesthöhe zurück.

Auch unsere **Sonderrücklagen** tragen wesentlich zur Finanzierung bei. Aus der Sonderrücklage „Entwässerung“ werden 2026 rund 1,47 Millionen Euro für investive Maßnahmen entnommen. Durch die Erhöhung der Entwässerungsgebühr zum 01.01.2026 kann sie jährlich um 150.000 Euro auf 350.000 Euro gestärkt werden – wie notwendig das ist, zeigt sich gerade jetzt. Weitere Rücklagen werden gezielt eingesetzt, etwa aus der EEG-Entschädigung der Photovoltaikanlage Neuses-Poxstall für die Umrüstung der LED-Beleuchtung in der Stadthalle (45.000 Euro).

Sondervermögen Infrastruktur

Zusätzlich erhält die Stadt Ebermannstadt aus dem **Sondervermögen „Infrastruktur“** in den Jahren 2026 bis 2029 jährlich rund 235.000 Euro. Für das Jahr 2026 wird die Zuwendung in voller Höhe von rund 941.000 Euro eingeplant.

Zwischenbilanz: Wenn wir das zusammenfassen, wird deutlich: Im Haushalt verbleibt eine Lücke von rund 2,4 Millionen Euro.

Zusätzlich sind bestehende Liquiditätsengpässe auszugleichen.

Bei der Einnahmebeschaffung sind wir an die gesetzlichen Vorgaben der Gemeindeordnung gebunden. Gleichzeitig müssen wir sorgfältig abwägen: zwischen der finanziellen Leistungsfähigkeit unserer Bürgerinnen und Bürger und der Verantwortung, unseren Haushalt solide und tragfähig aufzustellen. Deshalb bestand Einigkeit: Nach der bereits beschlossenen Erhöhung der Grundsteuer zum 01.01.2026 – mit Mehreinnahmen von rund 293.000 Euro – sowie der Anpassung der Entwässerungsgebühren mit zusätzlichen Einnahmen von rund 310.000 Euro soll es keine weiteren Belastungen für unsere Bürgerinnen und Bürger geben.

Darlehensaufnahme

Dennoch reicht das nicht aus. Die ursprünglich vorgesehene Darlehensaufnahme von 900.000 Euro wird nun fest zum Haushaltsausgleich eingeplant und auf zwei Jahre verteilt: 500.000 Euro im Jahr 2026 und 400.000 Euro im Jahr 2027.

Darüber hinaus ist für das Jahr 2027 eine weitere Darlehensaufnahme in Höhe von 2,23 Millionen Euro eingeplant. Für die Jahre 2028 und 2029 sind Sondertilgungen in Höhe von insgesamt 730.000 Euro vorgesehen. Ergänzend wird ein sogenanntes inneres Darlehen in Höhe von 200.000 Euro als Zwischenfinanzierung für den Zeitraum 2027 bis 2029 in Anspruch genommen.

Schuldenstand

Der Schuldenstand der Stadt Ebermannstadt beträgt zum 31.12.2025 rund 5,44 Millionen Euro, das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von rund 814 Euro und liegt damit unter dem Landesdurchschnitt.

Unter Berücksichtigung der geplanten Darlehensaufnahme sinkt der Schuldenstand bis Ende 2026 auf rund 5,24 Millionen Euro (rund 783 Euro je Einwohner). Bis zum Jahr 2029 bleibt er – trotz zwischenzeitlicher Kreditaufnahmen – stabil bei rund 5,2 Millionen Euro (rund 780 Euro je Einwohner). Möglich wird dies durch die vorgesehenen Tilgungsleistungen.

Positiv ist dabei: Trotz der notwendigen Kreditaufnahmen entsteht im Finanzplanungszeitraum keine Nettoneuverschuldung.

Fazit: Wenn wir sehen, wie deutlich sich die Rahmenbedingungen von 2025 auf 2026 verändert haben, dann müssen wir realistisch bleiben: Unter Berücksichtigung von Haushaltsrisiken und möglichen zusätzlichen Maßnahmen können Finanzierungslücken entstehen, die nicht mehr aus Rücklagen ausgeglichen werden können. Dann wird es unsere gemeinsame Aufgabe sein, darauf verantwortungsvoll zu reagieren.

Bei all den Herausforderungen ist mir eines besonders wichtig: Dieser Haushalt ist nicht nur von Einschränkungen geprägt – er ist auch ein Haushalt, der Zukunft gestaltet.

In den Jahren 2026 bis 2029 werden wir eine Vielzahl wichtiger Projekte in Ebermannstadt umsetzen – Projekte, die unsere Stadt nachhaltig stärken und weiterentwickeln. Ebermannstadt ist und bleibt eine starke und engagierte Stadt, die handlungsfähig ist. Gleichzeitig wissen wir: Wir müssen künftig noch stärker priorisieren – nicht nur danach, was wir uns wünschen, sondern vor allem danach, was wir uns leisten können.

Aber eines ist ebenso klar: Wir gestalten unsere Stadt aktiv weiter.

Lassen Sie mich konkret zeigen, wie wir diesen Anspruch mit Leben füllen – und zwar anhand ausgewählter Projekte.

Beginnen wir mit dem Kern unserer kommunalen Verantwortung – der Daseinsvorsorge. Hier geht es um Sicherheit, Versorgung und funktionierende Infrastruktur – also um das Fundament unseres täglichen Lebens. Gerade hier setzen wir auch in diesem Haushalt klare Schwerpunkte.

Themenbereich: Daseinsvorsorge

Brand- und Katastrophenschutz

Wir folgen dem Feuerwehrbedarfsplan 2022–2026 sowie dem Maßnahmenplan 2025–2031 zur Ertüchtigung unserer Feuerwehrrhäuser.

Brandschutz: Konkret bedeutet das: 2027 werden **zwei Tragkraftspritzenfahrzeuge** (je 180.000 Euro) die Fahrzeuge in Rüssenbach und Gasseldorf ersetzen. Voraussetzung ist der **Bau der Fahrzeughalle in Gasseldorf** im Jahr 2026 sowie der **Umbau der Umkleiden** (290.000 Euro). Für die Feuerwehr Ebermannstadt wird zudem eine **Kompaktpflegeanlage** (100.000 Euro) beschafft – die Bestellung läuft bereits. Außerdem sind **Gefahrenmelder für die Stützpunktwehren** in Ebermannstadt, Moggast und Niedermirsberg eingeplant (je 10.000 Euro).

Katastrophenschutz: Auch hier stärken wir gezielt unsere Vorsorge: Ein **Notstromaggregat** (rund 85.000 Euro) sichert Feuerwehr und Bauhof ab, und die **Umrüstung der Sirenensteuerungen im Stadtgebiet** (rund 10.700 Euro) wird im Frühjahr abgeschlossen.

Sportzentrum Ebermannstadt

Die **Sanierung des Sportzentrums** ist eine unserer größten Baumaßnahmen und soll im 1. Quartal 2027 fertiggestellt werden. Bei Gesamtkosten von rund 4,4 Millionen Euro und Fördermitteln von etwa 3,01 Millionen Euro liegt der Eigenanteil bei rund 1,31 Millionen Euro.

Ende letzten Jahres haben wir den Umfang gezielt erweitert – unter anderem bei der Kegelbahn (36.500 Euro), der Fassade (82.000 Euro) und den Außenanlagen (93.000 Euro). Dabei geht es um notwendige Anpassungen und eine Aufwertung des gesamten Sportzentrums. Wichtig ist: Trotz dieser Anpassungen bleiben wir im Kostenrahmen.

Zur Laufbahn: Sie entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen. Unsere Bewerbung im Bundesprogramm „*Sanierung kommunaler Sportstätten*“ – mit einem Gesamtvolumen von 333 Millionen Euro bei rund 3.600 eingereichten Projekten – war leider nicht erfolgreich. Für eine erneute Bewerbung stehen wir bereit und hoffen auf eine zweite Chance.

Themenbereich: Infrastruktur

Brücken- und Straßenbau, die Sanierung unserer Abwasseranlagen halten uns weiter in Atem.

Brückenbau

Viele haben sich auf den **Baubeginn des Sägmühlstegs** im Herbst 2025 gefreut. Die Voraussetzungen waren geschaffen: Bei Gesamtkosten von rund 1,82 Millionen Euro wurden Fördermittel in Höhe von rund 986.000 Euro bewilligt, und der Auftrag konnte vergeben werden.

Doch vor Beginn der Bauarbeiten zeigte sich: Die bestehenden Pfeiler sind – *entgegen den ursprünglichen Annahmen* – nicht mehr standsicher und müssen vollständig erneuert werden. Das hatte weitreichende Folgen: Der Bauumfang musste angepasst, die Planung überarbeitet und die Finanzierung neu bewertet werden. In mehreren Schritten wurde das Projekt neu aufgestellt. Mit Beschluss des Stadtrates kann die Baumaßnahme nun im Juni beginnen. Die Gesamtkosten erhöhen sich auf rund 2,66 Millionen Euro, bei einer Förderung von etwa 1,34 Millionen Euro.

An dieser Stelle möchte ich auch betonen: Es wurde mit großem Einsatz an einer Lösung gearbeitet – durch Verwaltung, Regierung, Planer, Firma und juristische Begleitung. Ein besonderer Dank gilt dabei unserem Geschäftsstellenleiter Andreas Kirchner, der hier unzählige Stunden investiert hat.

Straßen- und Wegebaumaßnahmen

Auch im Bereich Straßen und Wege sind wichtige Maßnahmen vorgesehen. Im Zuge der **Kanalsanierung in Wohlmuthshüll** wird die Durchgangsstraße mit 460.000 Euro erneuert. Zusätzlich werden Nebenstraßen 2026 mit Bauunterhaltungsmitteln von 356.000 Euro ertüchtigt.

Die **Dorferneuerung in Rüssenbach** – insbesondere westliche Hauptstraße und Hirtengasse – ist für 2027 bis 2029 vorgesehen (Gesamtkosten 2,47 Millionen Euro, Eigenanteil 1,36 Millionen Euro).

Für 2027 ist zudem der **zweite Bauabschnitt Brücken Breitenbach** geplant. Gehweg, Platz und Geländer werden erneuert. Investitionen von 1 Million Euro stehen Fördermitteln von 541.000 Euro gegenüber (Eigenanteil 459.000 Euro).

Im **Sozialen Zentrum Breitenbach** ist 2026 der Abriss des Rückgebäudes „Zum Bayerischen“ vorgesehen (70.000 Euro, Eigenanteil 14.000 Euro).

Anschließend folgt der letzte **Bauabschnitt der Erneuerung des Parkplatzes** (rund 92.000 Euro, Eigenanteil 16.400 Euro).

Gleichzeitig gilt: Da weitere Straßensanierungen derzeit nicht möglich sind, erhöhen wir die **Mittel für den Straßenunterhalt** um 50.000 Euro auf insgesamt 250.000 Euro, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten.

Abwasseranlagen

Ein besonderer Schwerpunkt bleibt unsere Abwasseranlage. Bis 2027 investieren wir rund 14,15 Millionen Euro, finanziert über den Verbesserungsbeitrag. Dazu gehören **Kanalsanierungen in Niedermirsberg, Wohlmuthshüll und Burggailenreuth** sowie **zentrale Maßnahmen auf der Kläranlage** – etwa Nachklärbecken, Rechenanlage, Steuerung und Klärschlammwässerung. Ein Teil ist bereits umgesetzt, vieles läuft, weiteres folgt. Die zweite Beitragsrate wurde 2025 erhoben, die Endabrechnung ist für 2028 vorgesehen. Die Gebührenerhöhung zum 01.01.2026 dient sowohl der Finanzierung als auch der Stärkung des laufenden Unterhalts. Und auch hier gilt: Unsere Infrastruktur kommt in die Jahre – mit dem Generalentwässerungsplan werden weitere Maßnahmen notwendig werden.

Themenbereich Zukunftsaufgaben

Flächendeckendes, schnelles Internet ist eine zentrale Voraussetzung für die Entwicklung unserer Stadt und insbesondere unserer Ortsteile. Derzeit läuft mit Hochdruck der **eigenwirtschaftliche Ausbau** durch das Telekommunikationsunternehmen GlasfaserPlus. Ergänzend entstehen mit Fördermitteln aus der **Bayerischen Gigabitrichtlinie** weitere Anschlüsse – insbesondere in den Ortsteilen. Der Ausbau soll bis Ende 2026 abgeschlossen sein. Dafür sind im Haushalt 2026 noch Mittel in Höhe von 2,55 Millionen Euro bei einem Eigenanteil von 257.500 Euro vorgesehen. Ein weiterer Ausbauschritt beginnt im Jahr 2027: Mit **Fördermitteln des Bundes**, ergänzt durch Zuschüsse des Landes, werden bis 2028 weitere 163 Anschlüsse geschaffen (Gesamtkosten rund 1,12 Millionen Euro, Eigenanteil rund 111.200 Euro).

Bildung und Kinderbetreuung

Der **Neubau des Kinderhauses „Wiesent-Garten“** – einer fünfgruppigen Kindertagesstätte für 24 Krippen- und 55 Kindergartenkinder – ist in vollem Gange. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund 5,62 Millionen Euro, die zuwendungsfähigen Kosten auf 4,15 Millionen Euro. Der Investitionszuschuss der Stadt beträgt 1,21 Millionen Euro. Aber Bildung findet nicht nur in Einrichtungen statt: Auch **Spiel- und Bolzplätze** sind wichtige Orte für Entwicklung und Bewegung. Dafür sind rund 41.300 Euro vorgesehen. So entsteht in **Rüssenbach derzeit ein neuer Bolzplatz**, und der **Stadtpark** wird mit einer **50 Meter langen Kugelbahn** aufgewertet. Spenden und das Regionalbudget helfen dabei, die städtischen Ausgaben zu entlasten.

Maßnahmen im Bereich Klimaschutz

Auch im Bereich Klimaschutz setzen wir konkrete Maßnahmen um. Die **Umrüstung der Innenbeleuchtung auf LED-Technik in der Stadthalle** ist bereits in vollem Gange (rund 165.000 Euro, davon 90.000 Euro Förderung). Die **kommunale Wärmeplanung** erarbeiten wir gemeinsam mit den Gemeinden Unterleinleiter und Pretzfeld. Ebermannstadt übernimmt dabei die Federführung (88.200 Euro, Eigenanteil 0 Euro).

Ein zentrales Zukunftsprojekt ist der **Bürgerwindpark „Lange Meile Süd“**. Das Genehmigungsverfahren läuft, eine Entscheidung wird in Kürze erwartet. Parallel dazu treiben wir die nächsten Schritte voran: Der Stadtrat hat beschlossen, zur Umsetzung eine Projektgesellschaft gemeinsam mit einem Projektentwickler zu gründen – mit dem Ziel, die Wertschöpfung vor Ort zu halten und eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen.

Aktuell führen wir Gespräche mit potenziellen Projektpartnern. Auf dieser Grundlage wird dem Stadtrat ein konkreter Vorschlag zur weiteren Umsetzung vorgelegt. Dabei gilt es, auch die bestehenden Unsicherheiten auf Bundesebene im Blick zu behalten. Wie es perspektivisch weitergeht, hängt maßgeblich von diesen Rahmenbedingungen ab. Umso wichtiger ist es, vorbereitet zu sein und die nächsten Schritte vorausschauend zu planen.

Im Haushalt haben wir hierfür vorsichtig eine Einnahme in Höhe von 350.000 Euro angesetzt – lediglich in Höhe der bisher angefallenen Ausgaben.

Zukunft unserer Wirtschaftsunternehmen, „Innenstadt“

Die Bedeutung einer lebendigen Innenstadt ist heute wichtiger denn je – und damit auch die Frage, wie wir sie gezielt unterstützen. Wir halten daher konsequent an unserem Weg der Förderung fest. Dazu gehören **Programme wie die Einzelhaussanierung**, das **Geschäftsflächenprogramm** (*jährlich 60.000 Euro, Eigenanteil 24.000 Euro*) sowie **Beratungsangebote für Sanierungswillige**. Mit Frau Eismann haben wir zudem eine engagierte junge Mitarbeiterin, die sich aktuell im Stadtmarketing einarbeitet und neue Impulse setzen wird.

Kultur und Ehrenamt

Auf den ersten Blick scheint Kultur etwas zu sein, das wir uns „freiwillig leisten“. Doch Kultur ist kein Luxus. Sie schafft Begegnung, Identität und Zusammenhalt – und ist damit ein wichtiger Teil unseres Gemeinwesens. Das zeigt sich auch in konkreten Maßnahmen: Die **historische Scheune in Poxstall** wird 2026 saniert (*Gesamtkosten 290.000 Euro, Eigenanteil 29.000 Euro*). Für das **Heimatmuseum** ist die **Erneuerung der Alarmanlage** vorgesehen (*rund 26.000 Euro, Eigenanteil 13.000 Euro*). Auch für den **Nietzsche-Keller** gibt es Interessenten – hierfür sind Mittel für Wasser- und Stromanschluss in Höhe von 15.000 Euro eingeplant.

Die Herausforderungen sind groß – aber ich bin überzeugt: Wir haben bereits viel erreicht, und gemeinsam werden wir auch die kommenden Aufgaben verantwortungsvoll gestalten und unsere Stadt weiterentwickeln.

Sehr verehrte Damen und Herren,

zum Abschluss meiner Haushaltsrede – und auch dieser Wahlperiode – möchte ich mich bedanken.

Mein Dank gilt allen Mitarbeitenden in Verwaltung, Bauhof, Kläranlage und Schulverband sowie den Institutionen, Betrieben und den vielen Ehrenamtlichen, die sich tagtäglich für unsere Stadt einsetzen.

Ich danke dem Stadtrat für die konstruktive Zusammenarbeit und den gemeinsamen Willen, auch unter schwierigen Rahmenbedingungen tragfähige Entscheidungen zu treffen. Ein besonderer Dank gilt meinen beiden Stellvertretern, Rainer Schmeuß und Richard Wiegärtner.

Mein ausdrücklicher Dank gilt unserer Stadtkämmerei, insbesondere Kämmerer Wolfgang Krippel, für die verlässliche und fundierte Vorbereitung dieses Haushalts. Ebenso danke ich unserem Geschäftsstellenleiter Andreas Kirchner für seinen außergewöhnlichen Einsatz bei der Umsetzung unserer Maßnahmen.

Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung zum Haushalt 2026.

Ebermannstadt, den 29.04.2026

Christiane Meyer, 1. Bürgermeisterin